

Bürgerinitiative gegen den Mobilfunkmasten Bismarckstraße 57 Stuttgart-West

www.der-mast-muss-weg.de

info@der-mast-muss-weg.de

Chronologie Verhaltens der Evangelischen Kirche Stuttgart in der Auseinandersetzung um den Mobilfunkmasten Bismarckstraße 57 (Stand: 16.11.2009)

2006

Das Haus Bismarckstraße 57, auf dem der Mobilfunkmast steht, gehört der evangelischen Gesamtkirchengemeinde Stuttgart. Der Mast wurde gegen den erklärten Willen der Bewohnerinnen und Anwohner errichtet.

Die ev. Gesamtkirchengemeinde war und ist deshalb einer unserer wichtigsten Adressaten.

Was haben wir alles unternommen?

- wir haben das Gespräch mit Herrn Kirchenpfleger Beck gesucht und in mündlicher und schriftlicher Form gefordert, dass die Kirche die Verträge kündigen, ihren zugegebenen Fehler korrigieren muss, auch wenn dies Geld kostet. Vorrang vor Vertragstreue hat der Schutz des Lebens.
- Wir haben in **verschiedenen Briefen an die Paulusgemeinde** (17.08.06), die Gesamtkirchengemeinde **Stuttgart** (20.07./ 25.07.06) und die **Landeskirche** (26.09./ 30.10.06) inhaltlich die von Mikrowellenstrahlen ausgehenden Gesundheitsgefahren aufgezeigt und auf die wissenschaftlichen Studien verwiesen bzw. sie sogar zugeschickt.
- Wir haben versucht, Argumentationshilfe zu geben, wie die Kirche aus den Verträgen juristisch herauskommen kann und an ihre christliche Verantwortung appelliert, dass sie sich nicht wie eine Bank oder Firma dem Geschäft verschreiben darf.
- Wir haben darauf hingewiesen, dass selbst die Umweltbeauftragten der ev. Kirche in Deutschland vor der Aufstellung von Mobilfunkmasten warnen und die möglichen Gesundheitsgefahren ernst nehmen.
- Wir haben sachlich argumentiert und um Gespräche gebeten. Das alles kann auf unserer Homepage gelesen werden.

Wie hat die Kirche reagiert?

- Gleich am Anfang sagte **Kirchenpfleger Beck**, dass die Vermietung des Gebäudes an Mobilfunkbetreiber ein Fehler gewesen sei, dass die Kirche jetzt auch über die Gesundheitsgefahren informiert sei. Er wolle alles tun, um aus den Verträgen raus zu kommen. Er sagte auf der Versammlung am 8.8.06 zu, er lasse es auch auf eine Klage ankommen.
- Herr Beck ließ uns die Mietverträge zukommen, allerdings waren die interessanten Stellen geschwärzt. So wissen wir nicht, wie hoch die Mieteinnahmen sind.
- Die Kirchenpflege informierte uns über die **Messungen** von Vodafone, ließ uns aber bei der Bestimmung der Messpunkte nicht mitreden. So wurde nur an für die Kirche wichtigen Punkten gemessen, vor dem Kindergarten und vor dem Kirchturm, nicht aber auf Höhe der direkt im Hauptstrahl wohnenden Bürger rund um den Masten. Im Februar 2007 ging die Kirchenpflege auf unsere Forderung ein und ließ O2 auf einem Balkon im 5.Stock in der Paulusstraße messen. Das Ergebnis: 187.161 Mikrowatt/m² – (ohne die Strahlenbelastung von Vodafone, die nicht gemessen, aber dennoch vorhanden ist), dies ist das fast zweifache des Schweizer Vorsorgewertes für Wohngebiete. Die Kirche reagierte nicht auf diese hohen Strahlenwerte.
- Auf konkrete Fragen (17.08.06), was unternommen wurde, um **die Inbetriebnahme** zu verhindern und aus den Verträgen zu kommen, erhielten wir keine Antworten.

- **Auf keinen unserer inhaltlichen Briefe hat die ev. Kirche inhaltlich geantwortet.** Die Landeskirche bestätigte den Erhalt und wollte die Stellungnahmen von Gesamtkirchengemeinde Stuttgart, von Vodafone und O2 abwarten.
- Im November/ Dezember wurde **im Kirchenfernsehen** ein halbstündiger Beitrag über unseren Stadtteil und Masten bundesweit gesendet. In der Sendung sprachen Pfarrer Wolff von der Paulusgemeinde und ein Professor aus Tübingen, ein Vertreter der Bürgerwelle war zu der Sendung eingeladen, kurz vorher aber wieder ausgeladen worden. In der Sendung werden die Bürger als eingebilddete Kranke hingestellt, die Auswirkungen der Mobilfunktechnologie verharmlost und die Bürgerinitiative als Urheber und Auslöser der Ängste der Menschen diffamiert. Auf diese Sendung reagierten wir mit einer Kritik an die Verantwortlichen des Kirchenfernsehens (Stellungnahme vom 19.11.06), wir forderten die gerade tagende Landessynode auf, den Mobilfunk zu ihrem Thema zu machen und veröffentlichten die Kritik in unserem Brief an die Synode. Wir stellten die Kritik ins Internet und schrieben dazu die Umweltbeauftragten der EKD an.
- Am 4.12.2006 erfuhren wir aus der **Stuttgarter Zeitung**, dass der Gemeinderat der Paulusgemeinde beschlossen hatte, zukünftig keine Mobilfunksendeanlagen auf kirchlichen Gebäuden zu errichten und die Gesamtkirchengemeinde Stuttgart aufgefordert hatte, dies ebenfalls zu beschließen. Diesem Antrag kam die Ev. Kirche Stuttgart nicht nach, sondern überwies diese Entscheidung an die Landessynode. Diesen Vorgang kommentierten wir auf unserer Homepage.
- Da wir nach wie vor inhaltlich von Vertretern der ev. Kirche nichts hörten und den Eindruck bekamen, das Thema Mobilfunk wird auf die lange Bank geschoben, schrieben wir am 15.12.2006 einen **kurzen offenen Brief an die Amtsträger der ev. Kirche** und forderten sie zum Handeln auf.

Und tatsächlich handelte nun die Kirche, allerdings anders, als wir gehofft hatten:

- Die **Landessynode** schrieb uns am 20.12.06, die Sache sei im konkreten Fall Angelegenheit der ev. Gesamtkirchengemeinde Stuttgart (das ist richtig) und sie werde ein Gespräch mit Dekan Ehrlich und Kirchenpfleger Beck noch vor Weihnachten suchen.
- Am 18.12.06 erhielten wir ein **kurzes Email von Dekan Ehrlich**, in dem er uns eine „Kampagne aus Richtigkeiten, Unrichtigkeiten, Halbwahrheiten und Unverständnis, Polemik und Diffamierung, sowie Angstmache und gezielter Diskussionsverlagerung auf die Ebene der Landessynode und Landeskirche, sowie der Landeshauptstadt“ vorwirft und mitteilt, dass die ev. Gesamtkirchengemeinde sich bis auf weiteres nicht mehr uns gegenüber äußern werde.
- Am 19.12.06 schrieb uns **Oberkirchenrat Pfisterer** in einem „**abschließenden**“ Brief, nachdem sie nun alle Stellungnahmen hätten, seien sie zu dem Schluss gekommen, dass alles Rechtens sei, eine einseitige Kündigung der Mietverträge habe keine Erfolgsaussicht, die Messergebnisse seien nicht kritisch, die Kirche sei außerstande, in einem vorhandenen Expertenstreit unter Wissenschaftlern zu entscheiden. Da wir ja so überzeugt von der Gesundheitsgefährdung seien, könnten wir ja selbst klagen, bei Erfolg hätte dies auch Auswirkungen auf das Vertragsverhältnis der Kirche mit den Betreibern.

2007

- Auf diese frohe Weihnachtsbotschaft reagierten wir nun am 18. Januar 2007 mit einem kurzen Brief, dass uns dieser Brief eines Juristen, keines Mannes der Kirche, sehr enttäuschte. Wir bieten nach wie vor der Kirche den Dialog an und bitten um einen Termin, um inzwischen mehr als 2.000 Unterschriften zu übergeben und unsere Anliegen zu erläutern. In der Anlage war die ausführliche **Stellungnahme der Bürgerinitiative zu diesem Brief**.
- Wir hoffen, dass die **Paulusgemeinde** nach ihren mutigen Schritten mit uns ins Gespräch kommt und haben die Pfarrer und Gemeinderäte am 15.01.2007 darum in einem Brief gebeten.

- Ende März 2007 : immer noch keine Antwort sowohl von der Gesamtkirchen- als auch der Paulusgemeinde.
- **Von einzelnen Kirchenmitgliedern wissen wir**, dass nicht alle so denken, wie die genannten höheren Kirchenverantwortlichen. Wir bekamen Briefe oder Telefonanrufe, auch aus der Kirche heraus, die uns unterstützten. Wir sollen unbedingt weitermachen. Manche überwiesen statt auf Konten der ev. Kirche ihre Weihnachtsspende auf unser Spendenkonto.
- Im März diskutiert die Bürgerinitiative ausführlich dieses Verhalten der Kirche, eine **AG Kirche** wird gebildet. Beschluss: Keine Briefe mehr. Die Kirche will offensichtlich freiwillig keinen Dialog. Dieses Verhalten muss im ganzen Stadtteil bekannt gemacht werden. Eine Postkartenaktion und Mahnwachen werden beschlossen. Ziel bleibt es: die Kirchenvertreter müssen sich den Argumenten der Bürgerinitiative und ihrer eigenen Gemeindemitglieder stellen. Als Grundlage dafür stellen wir die Broschüre des Umweltbeauftragten der EKD, Hans Diefenbacher: „Mobilfunkantennen auf Kirchtürmen?“ auf unsere Homepage.

Die Bürgerinitiative wendet sich nun an die Öffentlichkeit mit ihrer **Postkartenaktion**:

Ab dem 23.03.07 werden die Nachbarn im Umkreis der Bismarckstraße 57 und die interessierte Öffentlichkeit mit einer Doppelkarte über den Stand der Auseinandersetzung mit der Kirche informiert und um Unterstützung gebeten. Durch Absenden der beigefügten Postkarte an Dekan Ehrlich soll ihm deutlich gemacht werden, dass das Verhalten der Kirche nicht akzeptiert wird.

Am 24.04.07 schreibt **Dekan Ehrlich** in einer **pauschalen Postkartenantwort** an die Absender (nachzulesen auf unserer Homepage). Er stellt fest, dass Kirchenpfleger Beck mit vielen Menschen Gespräche geführt habe, er selbst habe eine öffentliche Diskussionsveranstaltung vorgeschlagen, die aber aus Termenschwierigkeiten nicht zustande kam. Die Bürgerinitiative habe die Auseinandersetzung auf die höhere Ebene der Landeskirche und der Stadt Stuttgart verlagert, deshalb beteilige er sich nicht mehr (!) an der Diskussion. Nach seiner Kenntnis bestehe keine erhöhte Strahlungsfahrer in der Bismarckstraße, was auch die Landesärztekammer bestätigt habe. Im Übrigen fühlten sich die Bewohner des Hauses Bismarckstraße 57 durch die Aktionen der BI belästigt. Es sei sinnvoller, die tatsächlichen und bewiesenen Umweltbelastungen zu bekämpfen und empfiehlt dafür die Ev. Kirche als erfahrenen Partner.

Dazu **unser Kommentar**:

- Leider haben wir nie von der vorgeschlagenen öffentlichen Diskussionsveranstaltung erfahren. Wir sind jederzeit dazu bereit.
- Als normale Bürger wissen wir wenig über die hierarchischen Strukturen der Ev. Kirche. Wir wollen über die Risiken des Mobilfunks und die Verantwortung der Kirche reden, da sind alle Ebenen gefragt. Es ist traurig, dass sich keine dafür zuständig sieht.
- Die im Mietvertrag mit Vodafone festgelegten Grenzwerte von 3 V/m (24.000 Mikrowatt/m²) werden in der Bismarckstraße bei weitem überschritten, bis zu 14,82 V/m (582.000 Mikrowatt/m²). Offensichtlich interessiert dies die Verantwortlichen in der Ev. Kirche nicht.
- Die Bewohnerinnen des Seniorenwohnhauses Bismarckstr.57 werden nicht von der BI belästigt – im Gegenteil: sie und wir werden durch die Strahlung des Mastes auf dem kircheneigenen Gebäude belästigt – wir sind einer täglichen Körperverletzung ausgesetzt.
- Kämpft die Ev. Kirche nur gegen Umweltbelastungen, wenn es sie nichts kostet? Warum hält sie sich nicht an den Rat ihrer eigenen Umweltbeauftragten, die vor den Risiken der Mobilfunkstrahlung warnen?

Am 01.04. und 22.04.07 **Mahnwachen vor der Pauluskirche**, Gespräche mit Gemeindemitgliedern nach dem Gottesdienst.

Am 16.04.07 **antwortet Oberkirchenrat Pfisterer** auf unseren Brief und unsere Stellungnahme vom 18.01.07.:

Die Ev. Kirche sei an die Rechtsordnung gebunden und könne sich nicht das Recht des Staates nehmen, die Rechte des Einzelnen zu wahren und zu schützen. Es gebe keinen Rechtsgrund für eine Klage oder Kündigung des Mietvertrages. Deshalb sei eine weitere mündliche oder schriftliche Erörterung dieser

Fragen nicht aussichtsreich. Herr Pfisterer verweist uns wieder auf eine Einigung mit den Mobilfunkbetreibern oder an die Gerichte.

Unser Kommentar:

Eine Wiederholung und Vertiefung der juristischen Argumente – eine moralisch-ethische, eine christliche Auseinandersetzung mit dem Thema ist der Ev. Kirche offensichtlich nicht möglich und zuzumuten.

Am 07.05.07 schreibt die Bürgerinitiative an **Landesbischof July** und bittet ihn um Unterstützung für einen Dialog über die aufgeworfenen Fragen. – Keine Antwort.

Am 29.07.07 nach Veröffentlichung der extrem hohen Strahlenbelastung durch den Mobilfunkmasten auf dem Haus Bismarckstr.57 (Info Nr.6) führten wir eine **Mahnwache vor der Stiftskirche** in Stuttgart Mitte durch. Wir kamen mit vielen Menschen, auch Kirchenbesuchern, in sachliche Gespräche und hoffen weiterhin, dass es der Ev. Kirche gelingt, kritisch und selbstkritisch mit realen, betroffenen Menschen zu reden. Wir wollen ein sachliches Gespräch zwischen erwachsenen Menschen.

10.09.2007: Brief der BI an die Gemeinderäte der **Pauluskirche**, der nicht beantwortet wird.

Am 20.09.2007 findet ein von Herrn Dekan Ehrlich ausdrücklich als **inoffiziell bezeichnetes Gespräch** mit ihm und zwei Vertretern der BI statt – es soll weitere inhaltliche Gespräche vorbereiten. Dekan Ehrlich **verspricht, sich in Bälde (Ende September, Anfang Oktober) zur Aufnahme offizieller Gespräche zu melden.**

Auch auf Erinnerungsschreiben hin wird uns **kein Termin angeboten.**

2008

Am 27.01.2008 schreibt die BI offiziell an Dekan Ehrlich und drückt ihr Erstaunen aus, dass „Sie zu den hohen Strahlenwerten“ des Kirchenmastes **„schweigen und keine Zeit“** für die Anliegen der Anwohner haben. Form und Inhalt der Kurzantworten per Email würden als abwertend empfunden und Herr Dekan Ehrlich wird erneut gebeten, einen erkannten Fehler zu korrigieren.

Am 5.2.2008 teilt uns dann Herr Ehrlich in Form eines Briefes mit, dass nun die Möglichkeit eines **Vertragsausstiegs juristisch überprüft werde und versichert, „ dass Sie in nächster Zeit wieder von mir hören werden.“**

Am 15.02.08 bedankt sich die BI für die umgehende Antwort und schreibt: „Wir sind der Auffassung, dass die **Bürgerinitiative mit ihrem Fachwissen** von Anfang an (in die juristische und fachwissenschaftliche Überprüfung) **eingebunden werden sollte, auch zur Schaffung einer notwendigen Vertrauensbasis“.**

Am 29.02.2008 schreibt Herr Ehrlich, dass er wegen zeitintensiver Gremienkonstituierung **keine Zeit** habe und nach deren Abschluss sich verstärkt dem Thema zuwenden könne.

Die BI schlägt Herrn Dekan Ehrlich am 19.03.08 vor, u.U. weitere Vertreter der Kirche in verantwortlichen Positionen in den Prozess einzubeziehen, es könne doch nicht sein, dass die Kirche aufgrund von Formalien **handlungsunfähig** ist.

Seither ist seitens der Ev. Gesamtkirchenvertretung nichts mehr zu hören.

Am 02.07.08 findet in der Sitzung des **Kirchengemeinderats (KGR) der Pauluskirche** auf die persönlich vorgetragene Initiative von Vertretern der BI ein **Vorstellungsgespräch** mit anschließender kurzer Besprechung statt. Dies wird mit einem Brief dieser Vertreter am 07.09.2008 wieder aufgegriffen. Das Banner mit der Aufschrift „ Mobilfunk - Wo steht die Kirche?“ gegenüber der Pauluskirche sei eine Aufforderung an jedes Kirchenmitglied und besonders des KGR, Stellung zu beziehen, letztlich, ob es sein kann, dass die Einheit zwischen Mobilfunk-Firmen und Kirche größer ist als die zwischen den betroffenen Bürgern und der Kirche. Die BI wünscht sich eine verantwortungsvolle Mitwirkung der Kirchengemeinde bei der Lösung der Probleme und hofft auf ein schriftliches Signal für einen positiven Dialog.

Dieses Signal ist leider bisher in keiner Weise für uns sichtbar erfolgt.

Am 03.11.08 informiert die Bürgerinitiative Herrn Dekan Ehrlich über das neu erschienene **Positionspapier des BUND zum Mobilfunk „Für zukunftsfähige Funktechnologien**. Begründungen und Forderungen zur Begrenzung der Gefahren und Risiken durch hochfrequente elektromagnetische Felder“ und weist auf die bisher gute Zusammenarbeit von ev. Kirche und BUND hin. Sie schreibt außerdem: „Es ist aber an der Zeit, **dass insbesondere Herr Dekan Ehrlich die Periode der Sprachlosigkeit und der Ausrede von überfüllten Terminkalendern ... beendet.**“

Am 15.11.2008 schreibt die BI einen **Brief an die Mitglieder des ev. Gesamtkirchengemeinderats Stuttgart** und übergibt ihn diesen vor der öffentlichen Sitzung persönlich, da Namen und Adressen nicht öffentlich bekannt sind. Darin werden sie **um Hilfe in einer verfahrenen Situation gebeten**: Seit über zwei Jahren gelingt es uns nicht, mit Vertretern der ev. Gesamtkirchengemeinde Stuttgart in einen konstruktiven Dialog zu kommen und unsere gesammelten Unterschriften zu übergeben. Der Brief nimmt Bezug auf die eindeutige Position des BUND gegen die Gesundheitsgefährdung der Mobilfunkstrahlung und fragt, ob sich die Kirche gegen die Bürgerinitiativen, die Anwohner, den BUND und die wissenschaftlichen Erkenntnisse stellt, ob sie zu ihrem vorrangigen Auftrag zum Schutz von Mensch und Natur steht. Der Ausstieg aus den Verträgen ist keine juristische, sondern eine ethisch-moralische Frage.

Am 16.11.2008 betont Herr Dekan Ehrlich wiederum in einem kurzen Email, dass das **Thema für ihn nicht erledigt** sei.

Die BI antwortet am 07.12.2008 mit der Aufforderung, einfach den **Termin** für die Übergabe der Unterschriften und das Gespräch zu angeben.

Seit dem 16.11.2008 verteilen Mitglieder der BI an verschiedenen kirchlichen Veranstaltungen in Stuttgart ein **Faltblatt mit „5 Fragen zum Thema Mobilfunk, Gesundheit und Geld“**.

Bisher gab es von keinem Vertreter des ev. Gesamtkirchengemeinderats Stuttgart eine Reaktion. (**Stand 18.12.2008**)

Die Dokumentation der Briefe aus neuerer Zeit steht auf unserer Homepage.

Mit Pfarrer Prof. Dr. Dinkel von der Christusgemeinde entwickelte sich ein Briefwechsel anlässlich der o.g. Sitzung des Stuttgarter Gesamtkirchengemeinderats. Dieser Briefwechsel erscheint uns symptomatisch, weil hier der Kirchenvertreter seine persönliche Verantwortung mit bisherigen Verdiensten abtut und in keiner Weise auf die inhaltlichen Argumente eingeht.

2009:

Am 16.06.2009 fragt Jobst Kraus, Leiter der Ev. Akademie Bad Boll bei der BI per Email an, ob wir Interesse hätten, am 24.06. in Bad Boll an einer Tagung zum Thema Mobilfunk und Kirche teilzunehmen.

Wir nehmen diese kurzfristige Einladung gerne an, und zwei Vertreterinnen der BI fahren hin. Dort drücken sowohl Herr Kraus als auch Herr Böhm, Umweltbeauftragter der Ev. Landeskirche ihr Bedauern aus, dass es zwischen der Bürgerinitiative und der ev. Gesamtkirchengemeinde Stuttgart zu keinem Dialog gekommen ist. Sie sagen ihre Unterstützung zu, ein Gespräch mit Herrn Dekan Ehrlich in Gang zu bringen.

Schon am Tag darauf fragt Herr Ehrlich bei uns an, ob es mit dem „Runden Tisch“ klappe. Wir antworten am 29.06. wir seien bereit und warten auf Vorschläge von Ort und Zeit seitens der Kirche.

Am 13.07.09 schreiben wir an die Herren Böhm und Kraus und informieren sie, dass wir noch keine Terminvorschläge erhalten hätten und mit ihrer Unterstützung rechnen. Daraufhin antwortet Herr Kraus, nach Auswertung der Tagung und Abstimmung mit den Beteiligten könne ein Termin für das Gespräch bis Mitte/Ende September vereinbart werden (14.07.09).

Als wir am 02. Oktober 09 immer noch keinen Terminvorschlag erhalten haben, erinnern wir mit einem Telefongespräch an die Verabredung. Herr Kraus nimmt es nun die Hand, einen Termin mit den kirchlichen Beteiligten zu erreichen, und nun ist der 27. November 2009 als verbindlicher Gesprächstermin festgelegt. Teilnehmen werden Herr Dekan Ehrlich, Pfarrer Finkbeiner von der Paulusgemeinde, Herr Kraus von der Ev. Akademie Bad Boll und Herr Böhm als Umweltbeauftragter der Landeskirche. Die BI wird vier Vertreter entsenden. (**Stand: 16.11.2009**)